

Rhodesien und Simbabwe: Geschichte, Politik und Gegenwart

Rhodesien war eine ehemalige britische Kolonie im südlichen Afrika, die später als Simbabwe unabhängig wurde. Die Entwicklung des Landes war geprägt von Kolonialherrschaft, einem einseitigen Unabhängigkeitsprozess, Bürgerkrieg und schließlich der Unabhängigkeit Simbawwes.

1. Frühe Geschichte und Kolonialzeit

Vorkoloniale Geschichte

Vor der europäischen Kolonialisierung war das Gebiet von Rhodesien von verschiedenen Völkern, darunter die Shona und Ndebele, besiedelt. Die bekannteste historische Stätte ist **Great Zimbabwe**, eine große Ruinenstadt, die zwischen dem 11. und 15. Jahrhundert ein bedeutendes Zentrum des Gold- und Elfenbeinhandels war.

Britische Kolonialisierung

- **1888:** Cecil Rhodes, ein britischer Geschäftsmann und Gründer der British South Africa Company (BSAC), schloss Verträge mit lokalen Herrschern, die ihm angeblich Land- und Bergbaurechte gewährten.
- **1890:** Die BSAC entsandte Siedler und Soldaten, die das Gebiet unter britische Kontrolle brachten.
- **1895:** Die Region wurde offiziell in „Rhodesien“ umbenannt, zu Ehren von Cecil Rhodes.
- **1923:** Südrhodesien (heutiges Simbabwe) wurde eine britische Selbstverwaltungs-Kolonie, während Nordrhodesien (heutiges Sambia) unter britischer Kontrolle blieb.

2. Die Zeit der weißen Minderheitsregierung (1953–1980)

Föderation und Unabhängigkeitsstreben

- **1953–1963:** Südrhodesien wurde mit Nordrhodesien und Nyasaland (heutiges Malawi) zur Föderation von Rhodesien und Nyasaland zusammengeschlossen.
- **1963:** Die Föderation brach auseinander, und Südrhodesien versuchte, seine Unabhängigkeit unter weißer Herrschaft zu sichern.

Unilateral Declaration of Independence (UDI) – Einseitige Unabhängigkeitserklärung

- **1965:** Ian Smith, Premierminister der weißen Minderheitsregierung, erklärte einseitig die Unabhängigkeit von Großbritannien, weil London auf einer Machtübertragung an die schwarze Mehrheit bestand.
- **1965–1979:** Rhodesien wurde international nicht anerkannt und von Sanktionen betroffen.

Bürgerkrieg (Chimurenga)

- **1964–1979:** Der **Rhodesische Bushkrieg** wurde zwischen der weißen Regierung und schwarzen Befreiungsbewegungen (ZANU und ZAPU) geführt.
- **1979:** Der Krieg führte zu Verhandlungen, und mit dem Lancaster-House-Abkommen wurde der Weg für demokratische Wahlen geebnet.

3. Die Unabhängigkeit Simbabwes (1980–heute)

Robert Mugabe und der Beginn der Republik

- **1980:** Simbabwe wurde offiziell unabhängig, und Robert Mugabe wurde erster Premierminister.
- **1987:** Mugabe wurde Präsident und wandelte das Land in eine Präsidentialrepublik um.
- **1980er Jahre:** Spannungen zwischen der ZANU (unter Mugabe) und der ZAPU (unter Joshua Nkomo) führten zur **Gukurahundi-Massaker**, bei dem zehntausende Ndebele getötet wurden.

Wirtschaftliche Krise und Landreformen

- **1990er Jahre:** Die Wirtschaft Simbabwes begann sich zu verschlechtern, und Unzufriedenheit wuchs.
- **2000er Jahre:** Mugabe führte eine umstrittene **Landreform** durch, bei der weiße Farmer enteignet und das Land an schwarze Simbabwer verteilt wurde. Diese Maßnahme führte zum Zusammenbruch der Landwirtschaft und einer schweren Wirtschaftskrise.
- **2008:** Hyperinflation erreichte unvorstellbare Raten (über 89,7 Trillionen Prozent), was das Land wirtschaftlich ruinierte.

Politische Krise und Mugabes Sturz

- **2017:** Nach Protesten und Druck durch das Militär trat Mugabe zurück.
 - **2018:** Emmerson Mnangagwa übernahm die Präsidentschaft, doch viele Probleme wie Korruption, Inflation und Menschenrechtsverletzungen bestehen weiterhin.
-

4. Simbabwe heute

- **Politik:** Die Regierungspartei ZANU-PF dominiert weiterhin die Politik.
- **Wirtschaft:** Simbabwe leidet unter hoher Inflation, Arbeitslosigkeit und einer schwachen Währung.
- **Gesellschaft:** Trotz Herausforderungen bleibt das Land kulturell reich und stolz auf seine Geschichte

Fazit

Rodesien/Simbabwe hat eine turbulente Geschichte, geprägt von Kolonialherrschaft, Krieg und politischen Krisen. Die Zukunft des Landes hängt stark von wirtschaftlichen Reformen und politischer Stabilität ab.